



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

so kurz vor der Sommerpause
'krachte' es noch einmal ordentlich im Landtag.

- Vergabeaffäre des Wirtschaftsministers Olaf Lies, die sich mittlerweile auch auf die Staatskanzlei unter Führung des Ministerpräsidenten Stephan Weil ausweitet,
- Bedrohung durch islamistische Terroristen, die in Niedersachsen augenscheinlich tun und lassen können, was sie wollen, denn Innenminister Boris Pistorius ließ LKA Überwachung aus politischen Gründen nicht zu
- Missmanagement an der Medizinischen Hochschule (MH) und vieles mehr.

Ich denke, die Sommerpause tut uns allen gut, um wieder den Kopf frei zu bekommen. Ich hingegen werde erst einmal noch mit dem Ausschuss Soziales und Gesundheit in die Niederlande fahren, um mich den wichtigen Themen Pflege, Gesundheitsversorgung, Inklusion, Krankenhaushygiene uvm. zu widmen. Danach noch meine Sommertour in allen Stadt- und Gemeindeverbänden und dann – URLAUB! Ich wünsche Ihnen eine schöne Sommerzeit, erholen Sie sich gut und im August können Sie mehr über meine ‚Sommertour‘ in der Sonderausgabe erfahren.

Herzlichst
Ihre

V.i.S.d.P.

Gudrun Pieper
Hauptstraße 9
29690 Schwarmstedt

Tel.: (05071) 800 25 25
info@gudrunpieper.de



Inhalt

Ihre Meinung ist gefragt Seite 1

Sozialausschuss Seite 2

Europaausschuss Seite 3

Wahlkreisnews Seite 4

Förderschulen in Niedersachsen erhalten

In diesem Plenum haben wir das Thema Inklusion im Landtag hitzig debattiert. Mit unserem Gesetzentwurf fordern wir den Erhalt der Förderschule Lernen. Durch das Gesetz soll sichergestellt werden, dass die Förderschulen Lernen im Sekundarbereich I mit Beginn des Schuljahrs 2017/2018 weiterhin Schülerinnen und Schüler im Schuljahrgang 5 aufnehmen. Das vorgesehene Auslaufen der Förderschule Lernen im Sekundarbereich I wird damit gestoppt.

Wir sehen die landesweite Entwicklung der Inklusion an den Regelschulen mit Sorge. Lehrer reiben sich auf, Eltern sind verunsichert, Kinder sind häufig überfordert. Zugleich wird das im Gesetz festgeschriebene Elternwahlrecht unterlaufen: Wo keine Förderschule mehr zur Verfügung steht, läuft das Wahlrecht aus.

Für manche Kinder und Jugendliche ist der Besuch einer Förderschule weiterhin der richtige Bildungsweg. Gerade der Erhalt von Förderschulen ermöglicht daher die Wahlfreiheit der Eltern zum besten Förderort für ihre Kinder. Inklusion darf nicht heißen etwas zu verbieten. Inklusion muss bedeuten, etwas zu ermöglichen. Wir brauchen jetzt eine Zeit der Besinnung, um die Inklusion in Niedersachsen wieder vom Kopf auf die zu Füße stellen, denn die Inklusion von behinderten Kindern an Regelschulen ist aus unserer Sicht ohne Konzept umgesetzt worden. Es fehlen in den Klassen Lehrer, um behinderte und nicht-behinderte Kinder gleichzeitig zu unterrichten und zu fördern. Die Auflösung von Förderschulen ist ein fataler Schritt, unter dem gerade behinderte Kinder leiden müssten.

Schaut man sich die aktuelle Situation an den Schulen in Niedersachsen an, stehen die Regelschulen momentan vor weiteren großen Belastungen:

- die Unterrichtsversorgung ist auf dem niedrigsten Stand seit 15 Jahren
- für eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingskindern fehlt qualifiziertes Personal

- Veränderungen in unserer Gesellschaft, führen dazu, dass neue, zusätzliche Bedarfe entstehen.

Wir möchten die Inklusion im Land vorantreiben. Doch angesichts von Lehrermangel und Unterrichtsausfall muss man überlegen, was an den Schulen machbar ist: Wir plädieren für eine Überprüfung unserer Inklusionsprozesse. Inklusion heißt, dem jeweiligen Kind die bestmögliche Bildung angedeihen zu lassen.

Neben dem inklusiven Unterricht ist es notwendig auch Förderschulen in ausreichender Form zu erhalten. Die bestmögliche Förderung für alle verlangt nach passgenauen Lösungen, die nicht in allen Fällen im gemeinsamen Unterricht zu finden sind.

Wir, die CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag

- stehen zur Inklusion ohne Wenn und Aber.
- wollen, dass Inklusion gelingt.
- wollen, dass die Kinder im Mittelpunkt stehen.
- wollen den Druck herausnehmen.
- müssen die Rahmenbedingungen verbessern.
- brauchen jetzt ein Moratorium für ein Jahr. Moratorium heißt nicht Stillstand! Wir wollen damit keinen Stillstand und auch keine Rückabwicklung der Inklusion.
- wollen, dass jetzt sofort Schluss mit der Abschaffung der Förderschulen ist.
- wollen, dass gute bestehende Netzwerke bestehen bleiben können.
- wollen, dass jetzt keine weiteren Fakten geschaffen werden.
- wollen nicht, dass Eltern verboten wird, die richtige Schule für Ihr Kind auszuwählen. Noch ist es nicht zu spät!

Ihre Meinung ist gefragt: Teilen Sie mir Ihre Meinung zum Thema Inklusion mit!

Die praktische Umsetzung des großen Themenkomplexes „Nachhaltigkeit“ habe ich mir zusammen mit meinen Landtagskollegen Frank Oesterhelweg im Viebrockhaus Musterhauspark Bad Fallingbostal angesehen. Die konkreten Aspekte des Nachhaltigkeits-Engagements von Viebrockhaus waren das zentrale Thema unseres Besuchs. Beispielsweise werden alle Kataloge o.ä. nur auf Papieren aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt und durch die Heide-Werkstätten in einem extra neu geschaffenen Anbau des Musterhausparks versandfertig konfektioniert. Ich freue mich sehr, dass hierfür keine maschinelle Lösung gewählt wurde, sondern stattdessen Menschen mit Behinderungen direkt vor Ort diese Aufgabe übernehmen können.



v.l.: Frank Oesterhelweg, Klaus Stützer (Vorstand Viebrockhaus), Gudrun Pieper, Holger Scherf und Holger Krause (beide Viebrockhaus) in der Packstation des Musterhausparks, die von den Heide-Werkstätten betreut wird. © Viebrockhaus

Ausschussreise in die Niederlande (Kurzübersicht)

Montag: Den Haag
Briefing durch den Botschafter

Dienstag: Den Haag
Gespräche im Ministerium und Ausschussvertretern

Mittwoch: Den Haag
Gespräche zum medizinischen Einsatz von Cannabis und zur Migrationspolitik
Weiterfahrt nach Groningen

Donnerstag: Groningen
Gespräch im Universitätsklinikum Groningen zur Krankenhaushygiene



Daran arbeite ich im Sozialausschuss

Dringende Gesetzesvorhaben drohen zu Scheitern!

Wichtige sozialpolitische Vorhaben drohen durch die Schlafmützigkeit der Sozialministerin Cornelia Rundt auf der Strecke zu bleiben, denn bis Dezember 2017 sind noch etliche Gesetzesvorlagen abzuwickeln. Schlechtes Management und fehlendes Verständnis für grundsätzliche parlamentarische Abläufe muss man ihr vorhalten. „Das Regierungshandeln der Sozialministerin grenzt an Arbeitsverweigerung und wirft ein schlechtes Licht auf die gesamte Landesregierung“, so unser sozialpolitischer Sprecher Dr. Max Matthiesen. In der vergangenen Sitzung, inklusive Sondersitzungen, des Sozialausschusses wurde deutlich, dass gleich eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen im Zuständigkeitsbereich des Sozialministeriums wohl nicht mehr vor dem Ende der Legislaturperiode verabschiedet werden können. Einige Gesetzesentwürfe wurden sehr schlampig vom Sozialministerium erarbeitet, die Kritik des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes etwa am Entwurf des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) war deutlich. Hinzu kommt, dass das Sozialministerium in den ersten drei Jahren nach Regierungswechsel kaum etwas von dem umgesetzt hat, was es sich vorgenommen hatte. Inzwischen ist Ministerin Rundt auf-

gewacht und steht unter erheblichem Zeitdruck, in den verbleibenden Monaten zu liefern.

Betroffen sind insgesamt **14** Gesetzesvorhaben:

- Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes (NKHG)
- Gesetz zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO)
- Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG)
- Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG)
- Gesetz zur Auflösung der Stiftung Zukunft der Altenpflegeausbildung
- Nds. Gesetz zur Ausführung des Transplantationsgesetzes des Bundes (NAGTPG)
- Nds. AG Therapieunterbringungsgesetz (AG ThUG)
- Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch private Initiativen (BID-Gesetz – NQPIG)
- Gesetz über das klinische Krebsregister Niedersachsen (GKKN)
- Gesetz zur Änderung des

Nds. Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs (Nds. AG SGB VIII)

- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (BestattG)
- Gesetz zur Änderung des Nds. Gesetzes über Ladenöffnungszeiten und Verkaufszeiten (NLöffVZG)
- Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (ZwEWG)
- Nds. Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung – Nds. Behindertenteilhabegesetz (NBTG), wobei zu diesem Gesetzentwurf die Zustimmung des Bündnisses für ein niedersächsisches Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen verweigert wurde! Das ist einmalig in der Geschichte Niedersachsens, dass sich alle Verbände wie die Lebenshilfe, der Blinden- und Sehbehindertenverband, der Behinderten Sportverband, der SoVD, DGB, Verdi, der Paritätische uvm. gegen diesen Entwurf deutlich positioniert haben.

Ich bin gespannt, wieviel wir noch schaffen werden. Eines ist aber sicher: Sondersitzungen sind vorprogrammiert!

IdeenExpo In Hannover

Mit meinen Landtagskollegen Kai Seefried, Heiner Schöneke und Helmut Dammann-Tamke habe ich für den Besuch der IdeenExpo geworben, vom 10. bis 18. Juni 2017 auf dem Messegelände in Hannover stattfand. Sie ist Deutschlands größtes Jugend-Event zur Berufsorientierung. Sie hat sich seit ihrem Beginn 2007 zu einer festen Institution etabliert. Die IdeenExpo ist eine wunderbare Möglichkeit für junge Leute, Naturwissenschaften und Technik von einer Seite zu erleben, die in der Schule so nicht möglich ist.



Mit dem Ausschuss Bund, Europa, Medien und Regionalentwicklung reisten wir im Mai in die Niederlande nach Groningen, um uns mit den Abgeordneten vor Ort über den aktuellen Stand der Aktion „Grenzüberschreitende Wirtschaft und Arbeit“ zu informieren.

Ende 2015 wurde von Innenminister Plasterk und Wirtschaftsminister

Kamp ein Aktionsteam gegründet, deren oberstes Ziel es ist das Bewusstsein über die Möglichkeiten einer Berufstätigkeit auf der anderen Seite der Grenze bei z.B. Arbeitssuchenden, Arbeitgebern oder Studenten, zu stärken. Das

Aktionsteam hat von der niederländischen Regierung den Auftrag, zu untersuchen, wo Impulse gesetzt und Chancen genutzt werden können, um Hindernisse beim Arbeiten und

Wirtschaften über die Grenze hinweg abzubauen.

Wirtschaftsminister Henk Kamp wies in seiner Rede darauf hin, dass

Deutschland neben Belgien der wichtigste Handelspartner der Niederlande sei. Die in einer Aktionsagenda festgelegten Ziele seien ein wichtiger Schritt, auf dem Weg, das Arbeiten in unseren beiden Nachbarländern einfacher zu gestalten und die Zu-

sammenarbeit zu intensivieren, bekräftigte Kamp. Wie die Kooperation gelingen kann zeigt beispielsweise das Projekt „Sorgen für...“, sorgen dass...“. Je 400 deutsche und niederländische Pflegeschüler und Studenten werden ein Praktikum im Nachbarland absolvieren. Mithilfe eines eigens entwickelten Schulungsprogrammes soll den Studenten und Schülern der Einstieg beim Praktikum im Nachbarland erleichtert werden. Das Aktionsteam wird fortgesetzt, denn die Ergebnisse vieler weiterer Projekte zeigen, dass diese innovative Zusammenarbeit Erfolg hat. In der nächsten Ausschusssitzung nach der Sommerpause werden wir über die weitere Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen und den Niederlanden beraten.



Dank an den Kommissar des Königs der Provinz Groningen René Paas.

Verfahren wegen PKW Maut eingestellt

Im Mai 2017 hat die Europäische Kommission beschlossen, das gegen Deutschland im Juni 2015 wegen Einführung der PKW-Maut eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren einzustellen. Die Kommission hatte dies seinerzeit damit begründet, das Gesetz zur Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr für Personenkraftwagen würde ausländische Autofahrer unzulässig diskriminieren.

Nachdem Deutschland am Ende von Verhandlungen mit der Kommission sein Mautgesetz geändert hat, indem die typischerweise von ausländischen Autofahrern erworbene Kurzzeit-Vignette verbilligt und die Höhe der deutschen Kfz-Steuer von den Umweltauswirkungen des Fahrzeugs abhängig gemacht wurde, sieht die Kommission ihre Bedenken ausgeräumt und hat das Verfahren eingestellt.

Österreich sieht eine Diskriminierung nach wie vor gegeben und hat angekündigt, gegenseitige Diskriminierungsmaßnahmen zu ergreifen und Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen. Man darf gespannt sein, zumal Österreich selber Vignetten erhebt.

Für eine starke Europäische Säule sozialer Rechte

Der Antrag der Fraktionen SPD/Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 17/8211) zielt darauf ab, dass die Mitgliedsstaaten, die dem EU-Raum angehören, eine zunehmende soziale Ungleichheit beseitigen müssen. Vor dem Hintergrund, dass Kommissionspräsident Jean-Paul Juncker die Einrichtung einer Europäischen Säule sozialer Rechte als Arbeitsauftrag an die EU-Kommission gegeben und die Kommission mittlerweile 20 Grundsätze vorgelegt hat, geht es den Regierungsfractionen nicht weit genug. Sie fordern, dass verbindliche Regelungen auf europäischer Ebene, sowie die Bereitschaft der Mitgliedschaf-

ten, sich auf gemeinsame Standards zu einigen.

Neben einigen Forderungen wie beispielsweise

- Arbeitszeitstrukturen im Zusammenhang mit Arbeit 4.0 zu stärken
- Arbeitszeitmodelle im Rahmen der Work life balance zu gewährleisten
- Verbesserung Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder
- Arbeitsschutzbestimmungen

können wir uns als CDU Fraktion durchaus vereinigen. Doch in dem Antrag werden nur Forderungen an den Bund

gestellt, jedoch keine einzige Initiative seitens des Landes Niedersachsen gefordert. Das Subsidiaritätsprinzip wird überhaupt nicht beachtet.

Das verstehen wir nicht unter einem gemeinsamen Europa. Vielmehr sollten die unterschiedlichen Ebenen wir Bund, Land und Kommunen Initiativen vorschlagen können, die sowohl das nationale, als auch das europäische Recht berücksichtigen. Jeder muss und sollte seinen Beitrag leisten. Wir werden im Ausschuss darüber eingehend beraten. Schauen Sie auch hierzu meine Rede auf meiner Homepage www.gudrunpieper.de an.



Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion auf Norderney

Bildungs- und Wirtschaftspolitik waren Schwerpunkte einer dreitägigen Klausurtagung, zu der die CDU-Landtagsfraktion auf Norderney zusammengekommen ist. Wir haben uns dort unter anderem mit Infrastrukturkonzepten für die ostfriesischen Inseln beschäftigt.

Einstimmig wurde eine „Große Anfrage“ mit 96 Fragen zu Themen wie Offshore-Windparks, E-Mobilität, Naturschutz oder auch Tourismusförderung an die Landesregierung beschlossen.

Unser Landesvorsitzender Bernd Althusmann hat zudem das Grundsatzpapier zur Bildungspolitik „Besser Lernen und Niedersachsens Zukunft gestalten!“ vorgestellt. Hauptthemen des Papiers sind unter anderem die beitragsfreie Kita, eine Unterrichtsgarantie von mehr als 100 Prozent für allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie das einjährige Moratorium bei der Inklusion, um bedarfsgerecht nachzusteuern. Die Sicherung der

Unterrichtsversorgung muss in allen Bereichen Priorität haben. Des Weiteren ging es unter dem Motto „Mit Elan in die kommenden 237 Tage“ um das Wahlkampfkonzept für die Landtagswahlen am 14. Januar 2018.

Es war eine sehr intensive und großartige Klausurtagung. Tagsüber haben wir hart gearbeitet und zum Sonnenuntergang gab es ein wenig Entspannung.

Landtagsfahrt nach Hannover

Meiner Einladung folgend reisten 50 Interessierte aus meinem Wahlkreis nach Hannover und machten sich auf, um die politische Geschichte der Landeshauptstadt zu erkunden. In diesem Jahr konnte die Gruppe, mit dem Neuen Rathaus und dem Landtag, gleich zwei Zentren der Politik besuchen. Ein besonderes Highlight war die Kuppelauffahrt



mit dem weltweit einmaligen Bogenaufzug. Im südlichen Teil des Rathauses, im historischen Gartensaal, nahmen meine Gäste im Anschluss, in gemütlicher Atmosphäre, ihr Mittagessen ein, bevor sie sich auf den Weg zum

Landtag machten. Nach einem informativen Film über die Arbeit des Landtages, verfolgten alle sehr interessiert den Livestream einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

über meine Arbeit in Hannover und im Wahlkreis. Bei der Diskussionsrunde reichten die Themen von der geplanten Schließung des Lieth-Freibads in Bad Fallingb. über die Möglichkeit den Bürgerbus auch an den Wochenen-

den einzusetzen bis zur ethischen Beurteilung der Vereinbarkeit von Abtreibung mit den christlichen Werten der CDU. Dass ich auch auf kommunaler Ebene in alle Themen eingebunden bin, half mir die Fragen detailliert zu beantworten. Am frühen Abend reisten alle Besucher wieder zurück in den Heidekreis. Einige haben sich bereits für die nächste Fahrt am

13. Dezember angemeldet, um dann den mit Spannung erwarteten neuen Plenarsaal nach dem Umbau zu bewundern, der am 27. Oktober 2017 eingeweiht wird.

CDU-Diskussion Thema „Wolf“

Sehr informativ verlief die CDU-Podiumsdiskussion mit dem Titel „Wie geht es weiter mit dem Wolf?“ im Ringhotel Bertram in Schwarmstedt. Etwa 80 Bürger waren der Einladung unserer Bundestagsabgeordneten Kathrin Rösel gefolgt. Mein Landtagskollege Ernst-Ingolf Angermann gab in seinem Vortrag einen Überblick über die Situation. Der Wolf genießt den höchsten Schutzstatus mit dem Ziel, die Population zu erhalten. Derzeit leben circa 600 Tiere in 69 Rudeln in Deutschland, 100 davon in Niedersachsen – Tendenz steigend, da sich die Wolfsrudel jährlich um 30 Prozent vermehren.

Wir werden auch weiterhin sehr sach- und fachgerecht an dem Thema dranbleiben. Doch wird es die eine schnelle Lösung nicht geben, denn wir werden mit dem Wolf leben müssen. In der Fragerunde wurde mir deutlich, dass niemand per se gegen den Wolf ist. Dennoch müssen Konsequenzen gezogen werden, um sowohl die Weidetiere als auch die Menschen zu schützen. Dem Anspruch des Wolfes auf einen eigenen Lebensraum, trotz alledem, gerecht zu werden, ist die Schwierigkeit, die es gilt in Zukunft zu meistern.



Stefan Rose (v.l.), Henrik Rump, Kathrin Rösel, Gudrun Pieper, Jochen Oestmann und Ernst-Ingolf Angermann